Saudi-Arabien bestreitet Verbindungen zu deutschen Salafisten

15. Dezember 2016

Berlin (KNA) Der Botschafter von Saudi-Arabien, Awwad Alawwad, hat bestritten, dass das Königreich die deutsche Salafisten-Szene unterstützt. „Saudi-Arabien baut keine Moscheen in Deutschland, exportiert keine Imame und hat keine Verbindungen zum deutschen Salafismus“, sagte der Botschafter dem „Tagesspiegel“ (Mittwoch). Alawwad äußerte sich mit Blick auf Berichte von „Süddeutscher Zeitung“, NDR und WDR. Demnach stehen religiöse Organisationen aus mehreren Golfstaaten im Verdacht, mit Billigung ihrer Regierungen, deutsche Salafisten zu unterstützen. Ziel zunehmender Missionierungs-Aktivitäten sei die Verbreitung einer fundamentalistischen Variante des Islam, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz. So gebe es Belege, wonach etwa die „Muslim World League“ aus Saudi-Arabien europäischen und deutschen Salafisten Moscheen und Schulungseinrichtungen finanziere. Der saudische Botschafter betonte, die „Muslim World League“ sei „keine saudische Organisation“ und habe „nichts mit der saudischen Regierung zu tun“. Die Organisation habe zudem ihre Tätigkeit in Deutschland im Jahr 2013 eingestellt und agiere nicht mehr in der Bundesrepublik. Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach sagte dagegen im Sender n-tv: „Die Unterstützung ist erheblich, weil Saudi-Arabien – die Heimat des Wahabismus, einer ganz extremen Ausrichtung des Islam – ein großes Interesse am Export dieser religiösen Überzeugungen hat.“ Wahabismus und Salafismus seien unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik, „deshalb muss die Finanzierung der Moscheegemeinden in Deutschland mit dieser Ausrichtung gestoppt werden“. Der CDU-Politiker forderte, Druck auf das Land auszuüben und „den Import von radikalen Predigern“ zu stoppen. Er warnte zugleich vor einem starken Anwachsen der salafistischen Szene in Deutschland. In Saudi-Arabien ist der Islam Staatsreligion, andere Bekenntnisse wie der sunnitische Islam sind verboten. Auch Christentum und Judentum dürfen nicht öffentlich ausgeübt werden. Das Tragen nichtmuslimischer religiöser Abzeichen ist untersagt ebenso der Besitz religiöser Texte wie die Bibel. Nach dem Bericht der Bundesregierung zur Religionsfreiheit steht auf Religionswechsel im Königreich weiterhin die Todesstrafe.

(KNA – qlmln-89-00191)

Stand: 27. November 2026